08.03.17

Unterrichtung

durch die Bundesregierung

Stellungnahme der Bundesregierung zu der EntschlieÙung des Bundesrates zum Gesetz zum Erlass und zur Änderung marktordnungsrechtlicher Vorschriften sowie zur Änderung des Einkommensteuergesetzes

Das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft hat mit Schreiben vom 6. März 2017 Folgendes mitgeteilt:

Zu der EntschlieÙung des Bundesrates vom 16. Dezember 2016 (Drs. 715/16(B)) nehme ich wie folgt Stellung:

Das Gesetz zum Erlass und zur Änderung marktordnungsrechtlicher Vorschriften sowie zur Änderung des Einkommensteuergesetzes ist entsprechend der Vorgaben der Artikel 76, 77, 78 und 82 des Grundgesetzes zustande gekommen. Die verfassungsrechtlich vorgesehenen Verfahrens- und Beteiligungsrechte der Verfassungsorgane wurden eingehalten.

Artikel 76 Absatz 1 GG regelt auch nicht den Inhalt, den eine Gesetzesvorlage haben darf. Auch das Initiativrecht der Abgeordneten kann folglich über die im Grundgesetz gezogenen Schranken hinaus sachlich nicht beschränkt werden (BVerfGE 1, 158 ff.).

Ein zügiger Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens noch im Jahr 2016 lag im Übrigen im besonderen Interesse der durch die Schwierigkeiten auf dem Milchmarkt stark betroffenen deutschen Landwirtschaft.